

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen** der Stadt Burgdorf am **23.11.2009** Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hannoverschen Tor 1, 31303 Burgdorf

16.WP/WuF/031

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:19 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:19 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:20 Uhr

Anwesend: Vorsitzender

Rohde, Paul

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut
Ethner, Regina
Lüddecke, Dieter
Pilgrim, Adolf-W.
Schulz, Kurt-Ulrich
Walter, Klaus-Dieter

stellv. Vorsitzender

Hinz, Gerald

stellv. Mitglied/Mitglieder

Weilert-Penk, Christa

Vertreterin für Herrn Lep-
pert

Beratende/s Mitglied/er

Apel, Robert
Rheinhardt, Michael

ab TOP 5, 16.04 Uhr

Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Verwaltung

Gawert, Ulrike
Hammermeister, Lars
Herbst, Rainer
Horn, Frank
Kauter, Theo
Philipps, Lutz
Scholz, André
Strecker, Dagobert
Trappmann, Hendrik
Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 09.11.2009
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen laut Geschäftsordnung
5. Aktualisierung des Landschaftsplans
Vorlage: 2009 0628
6. Sicherstellung einer zukunftsfähigen Klärschlammverwertung
Vorlage: 2009 0627
7. Beleuchtung des Radweges entlang der Sorgenser Straße
- Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 10.11.2009 -
Vorlage: 2009 0647
8. Entwurf Haushaltssatzung 2010
Vorlage: 2009 0619
9. Entwurf Investitionsprogramm 2010
Vorlage: 2009 0620
10. Stellenplanentwurf 2010
Vorlage: 2009 0573
11. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Rohde eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wurde in der dieser Niederschrift vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 09.11.2009

- a b g e s e t z t -

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

- K e i n e -

4. **Anfragen laut Geschäftsordnung**

- K e i n e -

5. **Aktualisierung des Landschaftsplans** **Vorlage: 2009 0628**

Herr Trappmann erläuterte, dass der Landschaftsplan zur Neuaufstellung des F-Planes benötigt wird. Nach HOAI werden hierfür ca. 93.000 € an Kosten entstehen.

Ende 2010 wird von der Region der Landschaftsrahmenplan erstellt. Dieser wird zwar einen anderen Maßstab enthalten, kann aber evtl. als Grundlage zur Aufstellung des Landschaftsplans genutzt werden, so dass hierdurch evtl. die Kosten noch gesenkt werden könnten.

Da die Stadt Burgdorf erst Ende 2010 inhaltlich in die Planung einsteigen werde, können die Kosten z.Zt. auch nur geschätzt werden.

Auf Grund der Haushaltssituation wurde nach günstigeren Alternativen gesucht, wobei sich räumlich und inhaltlich auf das Wesentliche konzentriert werden soll. Ein landschaftsplanerischer Fachbeitrag, der hierfür in Frage kommen könnte, wird die Kosten schätzungsweise auf ca. die Hälfte senken. Eine zuverlässige Kostenschätzung für einen landschaftspflegerischen Fachbeitrag ist jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit noch größeren Schwierigkeiten verbunden als die Kostenschätzung für die Erarbeitung eines Landschaftsplans, da es sich bei dem landschaftspflegerischen Fachbeitrag nicht um ein standardisiertes Planwerk handelt.

Herr Pilgrim erklärte, dass es keine zwingenden Gründe für die Aufstellung eines Landschaftsplanes gebe, so dass ein landschaftsplanerischer Fachbeitrag vielleicht ausreichen würde. Man könne nicht jetzt Mittel in den Haushalt einstellen, wenn noch nicht absehbar sei, was tatsächlich benötigt würde.

Herr Trappmann wies darauf hin, dass die Verwaltung beabsichtige, Ende 2010 mit den vorbereitenden Arbeiten zu beginnen. Daher sei für das Jahr 2010 ein Betrag von 10.000 € für Planungsleistungen im Haushalt eingestellt worden, um handlungsfähig zu sein.

Auf Nachfrage von **Herrn Lüdecke** erklärte **Herr Trappmann**, dass die Aufstellung des Landschaftsplanes bzw. eines landschaftsplanerischen Fachbeitrages mit eigenem Personal nicht geleistet werden könne. Die Neuaufstellung des F-Planes erfolge dann jedoch überwiegend mit eigenem Personal.

Herr Rohde erkundigte sich, welche Entscheidung der Bauausschuss zu dieser Vorlage getroffen habe.

Hierzu erklärte **Herr Trappmann**, dass keine Entscheidung getroffen wurde. Nach kurzer weiterer Diskussion einigte sich der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen, die Vorlage als behandelt zu betrachten und über die Mittelbe-

reitstellung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.

6. Sicherstellung einer zukunftsfähigen Klärschlammverwertung
Vorlage: 2009 0627

Herr Herbst erläuterte, dass die Kläranlage bereits 35 Jahre alt und es jetzt zwingend erforderlich sei, Investitionen zu tätigen.

Der Klärschlamm werde nicht komplett biologisch abgebaut, so dass regelmäßig Kalk zugegeben werden müsse, was zu entsprechend höheren Betriebskosten führe. Es sei beabsichtigt, die Klärschlammverordnung zu novellieren bzw. zu verschärfen. Dadurch wird eine landwirtschaftliche Klärschlammverbringung vielleicht bald nicht mehr möglich sein, so dass in Zukunft die Kosten für die Entsorgung mittels Verbrennung ansteigen werden.

Die Verwaltung habe sich zu der in der Vorlage dargestellten Variante 2 – Anaerobe Schlammstabilisierung oder auch Klärschlammfäulung - entschieden, weil hierbei die größte Betriebskosteneinsparung erzielt werden kann.

Nach Diskussion wurde folgender einstimmiger Beschluss gefasst:

‚Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Rat, die benötigten Haushaltsmittel für die in der Vorlage 2009 0627 dargestellte Variante 2 über den Haushalt 2010 und Folgejahre bereitzustellen.‘

7. Beleuchtung des Radweges entlang der Sorgenser Straße
- Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 10.11.2009 -
Vorlage: 2009 0647

Herr Walter stellte kurz den Antrag der CDU-Fraktion vor und bat die Verwaltung, die Kosten für die Beleuchtung entlang des Radweges zu ermitteln und im Haushalt einzustellen.

Herr Herbst erklärte, dass die Kosten bereits aufgrund einer von der SPD-Fraktion gestellten Anfrage ermittelt worden seien. Diese betragen bei einer Installation von 15 Lichtpunkten 50.000 €. Mit dem Landesamt für Straßenbau müsse eine entsprechende Vereinbarung getroffen werden. Von dort sei aber auf Nachfrage der Verwaltung signalisiert worden, dass hiergegen keine Bedenken bestehen. Bei einer Umsetzung der Maßnahme würde ein jährlicher Mehraufwand für Betriebs- und Stromkosten von zusammen 1.450 € entstehen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen einigte sich darauf, über die Bereitstellung der Haushaltsmittel im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu entscheiden.

8. Entwurf Haushaltssatzung 2010
Vorlage: 2009 0619

Herr Rohde schlug vor, den Haushaltsplan Seite für Seite durchzugehen und bei Bedarf entsprechende Fragen zu stellen.

Er bemängelte, dass aus den einzelnen Positionen nicht erkennbar sei, wel-

che Zahlungen – insbesondere bei Transferaufwendungen – sich dahinter verbergen. So könne die Politik auch keine Vorschläge unterbreiten, welche Positionen gekürzt oder gestrichen werden sollten. Im übrigen fehlen bei vielen Positionen entsprechende Erläuterungen oder sie sind nur unvollständig, so dass die Ansätze insgesamt anhand der Erläuterungen nicht nachvollzogen werden können.

Herr Schulz erklärte, dass im Bauausschuss ähnliche Diskussionen geführt worden sind. Seiner Meinung nach müsse ein Betrag von 4 Mio. € im vorliegenden Haushaltsplan-Entwurf gekürzt werden. Dieser Auftrag müsste an die Verwaltung gegeben werden.

Herr Baxmann erläuterte, dass die neue Haushaltssystematik vorsehe, bei den Beratungen politische Ziele zu setzen und nicht mehr über jede kleine Position zu diskutieren. Die Verwaltung sei dann gefordert, die politischen Ziele mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umzusetzen.

Verschiedene Nachfragen zu einzelnen Positionen wurden von der Verwaltung beantwortet.

Zum Produkt 21100 – Gudrun-Pausewang-Grundschule – fragte **Herr Rohde** nach, wie hoch die Nutzungsgebühren der TSV Handballer seien, da im Haushaltssicherungskonzept eine Erhöhung vorgeschlagen werde. Aus dem Gesamtbetrag von 40.000 € sei dieses nicht erkennbar. Er bat darum, solche Positionen im Haushaltssicherungskonzept näher zu erläutern.

Zum Produkt 21102 – Grundschule Otze – wurde auf Nachfrage durch **Herrn Strecker** erklärt, dass hier nicht ein Laubsauger, sondern ein Laubbläser angeschafft werden solle. Die Erläuterung müsse noch entsprechend angepasst werden.

Herr Strecker erläuterte zum Produkt 26200 – Musikpflege – die Zusammensetzung des Fehlbetrages von 17.500 € (s. auch Protokoll vom 09.11.09). Daneben teilte er die Anzahl der Besucher zu den Schlosskonzerten mit.

Zu der Position ‚Erstellung von Flucht- und Rettungsplänen‘ im Produkt 11106 – Gebäudewirtschaft - fragte **Frau Ethner**, ob es bisher keine hierzu Pläne gebe. Dazu erklärte **Herr Philipps**, dass aufgrund von in den letzten Jahren durchgeführten Umbauten die Pläne auf den aktuellen Stand gebracht werden müssten. Dieses kann aufgrund der Personalkapazitäten nur durch ein externes Büro geleistet werden.

Zum Ansatz von 45.000 € für den Anstrich der Fenster am Rathaus I merkte **Herr Walter** an, dass Überlegungen angestellt werden sollten, ob es nicht sinnvoller sei, die Fenster nach und nach auszutauschen.

Herr Rohde fragte nach, ob der Eigentümer den im Produkt 51100 – Städtebau und Stadtplanung – angesetzten Betrag von 4.000 € für das Gesamtkonzept Rubensplatz mit Moderationsprozess an die Stadt erstatten müsse.

Hierzu erklärte **Herr Trappmann**, dass die Stadt alles daran setzen sollte, den Rubensplatz wieder entsprechend zu beleben. Sie kann versuchen, die Eigentümer zu motivieren. Eine Umsetzung von Maßnahmen müsse dann von diesen erfolgen. Eine Erstattung des im Haushalt eingestellten Betrages stehe nicht zur Diskussion.

Auf Nachfrage bestätigte **Herr Herbst**, dass der Ansatz von 60.000 € im Produkt 53800 – Abwasserbeseitigung - für allgemeine Ersatzbeschaffungen und Erneuerungen auf Erfahrungswerten der Vorjahre basiere.

Zur Frage der Anschaffung von künstlichen Pflanzen im Produkt 55300 – Friedhöfe / Bestattungen – erklärte **Herr Herbst**, dass es in der Vergangenheit häufig zu Problemen mit dem Austausch der Pflanzen zwischen den einzelnen Bestattungen gekommen sei.

Ergänzung über Protokoll:

„Früher lieferten zwei Gärtnereien die Bepflanzung für die Trauerfeiern. Inzwischen sind dies aber 5 - 6 Gärtnereien. Dadurch kommt es immer öfter zu teilweise erheblichen Problemen bei dem Austausch der Pflanzendekoration zwischen den Trauerfeiern. Die Trauerfeiern finden im Stundenrhythmus statt (besonders beliebt sind der Donnerstag und Freitag mittag). Die Trauerfeier dauert in der Regel 1/2 Stunde. Dann muss die alte Dekoration von Gärtnereibetrieb x herausgeholt werden, die Kapelle gesäubert und die neue Deko vom Gärtnereibetrieb y aufgebaut werden. Früher haben sich die zwei Gärtnereien abgesprochen und die Deko blieb stehen. Das funktioniert heute leider nicht mehr. Der kirchliche Friedhof an der Uetzer Straße hatte dasselbe Problem und deshalb auch eine eigene Pflanzendekoration angeschafft. In Absprache mit den Gärtnereibetrieben würden diese eine grundsätzlich vorhandene Dekoration begrüßen, da ihr Aufwand sehr hoch (2 Fahrtzeiten, Transport etc.) und nicht kostendeckend ist.“

Herr Herbst ergänzte, dass diese Aufwendungen ja durch Gebühreneinnahmen refinanziert werden könnten.

Herr Pilgrim bat darum, noch einmal zu überlegen, ob die im Produkt 54100 – Gemeindestraßen – für 2010 aufgeführten Maßnahmen auch alle im selben Jahr durchgeführt werden können. Aufgrund der Haushaltssituation sollten evtl. die Mittel verschoben werden.

Zum Abschluss der Beratungen wies **Herr Philipps** noch darauf hin, dass das Ergebnis der Steuerschätzung in die vorgelegte Liste bereits eingearbeitet wurde.

Anschließend wurde der Tagesordnungspunkt verlassen.

9. Entwurf Investitionsprogramm 2010
Vorlage: 2009 0620

- V e r t a g t -

10. Stellenplanentwurf 2010
Vorlage: 2009 0573

Herr Strecker gab einige kurze Erläuterungen zum Stellenplan.

Da noch Beratungsbedarf in den Fraktionen bestehe, einigte sich der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen darauf, die Vorlage in der nächsten Sitzung zu beschließen.

11. **Anregungen an die Verwaltung**

Herr Schulz bat die Verwaltung, die Kosten des Rates mit Maximal- sowie Minimalbesetzung zu ermitteln.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin